



---

## **Rechtsausschuss**

23. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>\*)</sup>

4. September 2002

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.10 Uhr

Vorsitz: Dr. Robert Orth (FDP)

Stenografin: Heike Niemeyer

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Aktuelle Viertelstunde**

hier: **"Politisches" Ermittlungsverfahren gegen den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Herrn Erwin?** (Bitte der SPD-Fraktion um einen Bericht)

1

- Bericht des Justizministers
- kontroverse Diskussion

---

<sup>\*)</sup> Tagesordnungspunkt 11 s. nichtöffentlicher Teil APr 13/630

**2 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW  
Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive in  
NRW**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/887

Vorlagen 13/875 und 13/1208

Zuschriften 13/752, 13/766, 13/767, 13/1267, 13/1279, 13/1282 und 13/1295

APr 13/484

6

Der Vorsitzende wird an den Vorsitzenden des Ausschusses für Innere  
Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform schreiben und ihn bitten,  
mit der Abstimmung dort zu warten bis zur nächsten Sitzung des  
Rechtssas-

**3 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz -  
LHundG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/2387

Der Ausschuss vertagt die Beratung.

7

**4 Neuordnung der Systeme der Personalbedarfsberechnung in der  
ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften - Projekt  
"PEBB§Y"**

Vorlage 13/1578

- Bericht des Justizministers  
- ausführliche Diskussion

7

**5 Vorfälle im offenen Vollzug, insbesondere in der JVA Bielefeld-Senne**

- 5**     **Vorfälle im offenen Vollzug, insbesondere in der JVA Bielefeld-Senne**  
(Bericht von der FDP-Fraktion mit Schreiben vom 12. Juni 2002 beantragt)
- Vorlage 13/1619 12
- Bericht des Justizministers
  - Diskussion
- 6**     **Möglichkeit der Ausweitung von ärztlichen Untersuchungen in den**  
**Anstalten** (Bericht von der CDU-Fraktion mit Schreiben vom  
9. August 2002 beantragt) 18
- Bericht des Justizministers
- 7**     **Flucht eines verurteilten Mörders während eines Verwandtenbesuches**  
(Bericht von der CDU-Fraktion beantragt) 19
- Bericht des Justizministers
- 8**     **Ermittlungsverfahren gegen den Düsseldorfer Generalstaatsanwalt** (Be-  
richt beantragt von der CDU-Fraktion) 21
- Bericht des Justizministers
  - Diskussion
- 9**     **Schutz der Bevölkerung vor Sexualstraftaten - Aktueller Stand der Ge-**  
**setzesvorhaben** 25
- Der Ausschuss verzichtet auf einen mündlichen Vortrag des Minis-  
ters, der seinerseits eine Vorlage zusagt.

**10 Verschiedenes** 25  
**a) Informationsfahrt des Ausschusses nach Brüssel**

(s. Diskussionsteil)

**b) Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 13/1542 "Qualität der Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Justiz verbessern" und Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 13/1583** 25

Die Sprecher der Fraktionen kommen überein, sich am Rande des nächsten nächsten Plenums über das weitere Verfahren zu verständigen.

**c) Beschlussfassungen in den kommenden auswärtigen Sitzungen des Rechtsausschusses** 26

Die Fraktionen wollen intern beraten, ob mit Blick auf das vom Minister angesprochene notwendige Einvernehmen des Rechtsausschusses mit der Rechtsverordnung der Landesregierung über den Sitz des Landesjustizvollzugsamtes von der üblichen Praxis, in auswärtigen Sitzungen keine Beschlüsse zu fassen, abgewichen werden soll.

\*\*\*\*\*

Der **Vorsitzende** verweist auf die Geschäftsordnung, nach der eine Abstimmung nicht stattfinden dürfe, wenn sie nicht auf der Tagesordnung ausgewiesen sei und eine Fraktion ihr widerspreche. Er werde an den Vorsitzenden des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform schreiben und ihn bitten, mit der Abstimmung dort zu warten bis zur nächsten Sitzung des Rechtsausschusses, für die er diesen Gesetzentwurf einschließlich der Abstimmung in die Tagesordnung aufnehmen werde.

### **3 Hundegesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeshundegesetz - LHundG NRW)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/2387

(vom Landtag in seiner Sitzung am 22. März 2002 an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz - federführend - sowie an die Ausschüsse für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, für Kommunalpolitik und an den Rechtsausschuss zur Mitberatung überwiesen)

Der **Ausschuss** vertagt die Beratung.

### **4 Neuordnung der Systeme der Personalbedarfsberechnung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften - Projekt "PEBB§Y"**

Vorlage 13/1578

**Justizminister Jochen Dieckmann** berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nachdem das Ihnen bereits vorgestellte Projekt PEBB§Y I abgeschlossen worden ist, haben wir Ihnen vor der Sommerpause den entsprechenden Bericht zugeleitet. Er enthält die wesentlichen Eckdaten und Ergebnisse des Projektes PEBB§Y I in zusammengefasster Form. Wer Interesse hat von Ihnen kann auf das vollständige Gutachten zum Projekt PEBB§Y I zurückgreifen, welches im Ausschussekretariat vorliegt.

Lassen Sie mich zunächst noch einmal die Bedeutung des Projektes insgesamt für die Justiz unterstreichen. Hier ist es erstmals gelungen, eine analytisch abgesicherte Grundlage zu schaffen, um den Personalbedarf der Justiz zu ermitteln; dies zudem in einem ganz wesentlichen Bereich, denn in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften ist der ganz überwiegende Teil des in der Justiz eingesetzten Personals gebunden. Der analytische Ansatz wird die Voraussetzung für eine bereite Akzeptanz der Ergebnisse der Personalbedarfsberechnung schaffen.